

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/147

Bonn, den 7. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

"Türken" in der Bundeswehr 43

Eine Praxis des militärischen Alltags, die nicht in unsere Zeit paßt

Von Werner Buchstaller, WdB

2 - 2 a S O F I A 62

Bilanz einer Begegnung zwischen Ost und West

GLOSSE

2 a "Der Bankräuber ist ein ehrenwerter Mann" 20

3 - 5 Eine beachtliche Leistung 115

Strukturpolitik aus einem Guß

6 Osteuropa braucht nicht zu hungern! 45

Trotz dunkler Prognosen gute Ernte erwartet

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

* * *

*

"Türken" in der Bundeswehr

Eine Praxis des militärischen Alltags, die nicht in unsere Zeit paßt

Von Werner Buchstaller, MdB

Die "Information für die Truppe" und die "Schriftreihe Innere Führung" sind ein ausgezeichnetes Material für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit in der Bundeswehr. Sie dienen der Information und sind Grundlage für den staatsbürgerlichen Unterricht in der Truppe. Darüber hinaus zeichnet sich vor allem die "Information für die Truppe" dadurch aus, daß bei der Behandlung historischer und aktueller Themen "heisse Eisen" nicht ausgeklammert werden; auch dann nicht, wenn es um die Bundeswehr selbst geht.

In einer der letzten Ausgaben hat Generalmajor a.D. Weber, bekannter Theoretiker und Praktiker zeitgemäßer Menschenführung in einer modernen Armee, eine völlig unzeitgemäße Praxis im militärischen Alltag aufgegriffen, die man allgemein Täuschung oder Betrug nennen würde, im militärischen Bereich aber schlicht als "Türken" bezeichnet.

Diese Unart, militärischen Vorgesetzten und politisch Verantwortlichen statt einer echten militärischen Ausbildungs- und Leistungsschau eine genauestens einstudierte und eingeübte Zirkusnummer vorzuführen, wird auf die Anpassungsfähigkeit der Offiziere unter König Friedrich Wilhelm IV zurückgeführt. Das liegt runde 120 Jahre zurück. Das "Türken bauen" hat sich aber bis in unsere Zeit hingerettet. Das sollte man nicht außer Acht lassen, wenn man als Minister, Wehrbeauftragter oder Abgeordneter die Truppe besucht.

Es wäre natürlich falsch, solche Erscheinungen als typisch für die Bundeswehr anzusehen. Sie sind auch in anderen Armeen und auf anderen Gebieten zu verzeichnen. Aber das kann nicht trösten. Die Verteidigung ist eine zu ernste und auch eine zu kostspielige Angelegenheit, als daß man sich selbst oder anderen in diesen Fragen etwas vorgaukeln dürfte. Der tatsächliche Ausbildungsstand, Führungsqualität und soldatische Leistung, technisches Können und sinnvolle Organisation sind für den Einsatzwert der Truppe ebenso entscheidend wie moderne Waffen und Geräte.

Wer deshalb Fehler und Unzulänglichkeiten lediglich übertüncht, wer mit optischen Mitteln einen gefälligen Eindruck zu vermitteln sucht, der dem tatsächlichen Zustand nicht gerecht wird, betrügt die politische und militärische Führung.

Es ist gut, daß die militärische Führung so klar sieht und auch so klar ausspricht. Für "Türken" darf in der Bundeswehr kein Platz sein. Jetzt kommt es darauf an, daß diese Erkenntnis von allen zuständigen Stellen beherzigt wird. Auch und besonders gegenüber Abgeordneten und dem Verteidigungsausschuß. Es würde doch wohl dem Geist einer modernen Armee in einem demokratischen Staat Hohn sprechen, wenn der Unsinn des "Türken bauens" nicht Kraft eigener Einsicht beendet würde und man diese Praxis, wie im Exerzier-Reglement für die Infanterie von 1906, durch Befehl verbieten müßte.

S O F I A

Bilanz einer Begegnung zwischen Ost und West

sp - Das Jugendfestival in Sofia hat seinen Veranstaltern keine Freude bereitet. Es sollte wieder einmal, wie schon so oft, eine "machtvolle Demonstration der Freundschaft der Jugend in aller Welt" sein. Früher war das meist geglückt, von einigen kleinen Pannen abgesehen. Man schwor sich in Massendemonstrationen ewige Freundschaft, ließ den Frieden hochleben und tanzte sich durch die Delegationen der Nationen hindurch, kannte aber nur einen Feind - den Kapitalismus und die Reaktion. Man hatte auch immer genügend "Vertreter der westlichen Jugend" zur Hand, die eifrig bekundeten, bei ihnen zu Hause sei das Chaos, und der Militarismus sowie der Faschismus lauerten darauf, die in jeder Beziehung friedliche Sowjetunion oder das "Sozialistische Lager" überfallen zu können.

Diesmal war das alles anders. Die Delegationen aus dem "sozialistischen Lager" gerieten sich in die Haare, Linke und Rechte beschimpften sich und sogar beim Tanzen kam es zu heftigen Diskussionen darüber, ob ein "Reformist" mit einer "fortschrittlichen" Delegation die Runde drehen dürfe oder nicht.

Unter diesen Umständen war es vorauszusehen, daß auch die Delegationen aus der Bundesrepublik in das Kreuzfeuer der Auseinandersetzungen geraten mußten. Ob es sehr geschickt war, ausgerechnet eine Broschüre mitzunehmen, in der die FDJ der Hitlerjugend gleichgesetzt wird und die Bundeswehr als Hort demokratischer Erneuerung gepriesen wird, mag bezweifelt werden. Aber auch ohne diese Broschüre, die von den Vertretern des Bundesjugendringes zurückgezogen wurde, wäre der Krach unvermeidlich gewesen.

Alle diese Vorgänge auf dem Jugendfestival 1968 sind symptomatisch. Sie zeigen, daß die Jugend der Welt heute gegen die "Etablierten" auftritt. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen den Etablierten im Westen und denen im Osten. Selbst die perfektionierteste Organisation vermochte in Sofia nicht zu verhindern, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen "Lagern" offen zu Tage traten.

Die Veranstalter werden dies gewiß bedauern und für die Zukunft dafür Sorge tragen, daß ein nächstes Festival nur Besucher hat, die stramm auf dem vorgezeichneten Weg marschieren. Aber wird es jemals wieder einen "vorgezeichneten Weg" geben? Wir bezweifeln das. Die Fronten sind längst ins Rutschen geraten. Der Kommunist aus Warschau ist nicht mehr der gleiche Kommunist wie der aus Prag; von Kommunisten aus Moskau und Peking ganz zu schweigen. Der Linke aus Ostberlin will von dem Linken aus Frankfurt/Main nichts wissen; er betrachtet ihn sogar als Verräter.

So gesehen war das Festival der Jugend in Sofia ein getreues Spiegelbild der Entwicklungen in der politischen Landschaft des Osten und des Westen. Die vermeintlich festgefügtten Blöcke zeigen tiefe

Riase; hüben und drüben. Wer hier Frieden sagt, meint nicht dasselbe, wie der, der drüber das gleiche Wort ausspricht. Selbst die scheinbar festgefügtsten Formationen der von Staatsfunktionären geleiteten Besuchergruppen, konnten diesmal nicht mehr zusammengehalten werden. An ihren Rädern bröckelte es ab. Nicht selten bildeten sich abseits von den Gruppen des harten Kerns unabhängige Debattierclubs, deren Teilnehmer sich über Dogmen hinweg die Hände reichten.

In der Bundesrepublik wird man sich natürlich die Frage stellen, ob es überhaupt einen Sinn hatte, eine Delegation des Bundesjugendringes nach Sofia reisen zu lassen. Auch hierbei wird es unverschiedliche Antworten geben. Wir meinen jedoch, daß die Reise nach Sofia kaum jemanden geschadet haben dürfte. Vielleicht ist man hier und dort um einige Illusionen ärmer geworden, hat dafür aber seine Erfahrungen im Umgang mit jungen Menschen aus anderen Nationen bereichert. Aufmerksame Teilnehmer werden gespürt haben, wie sehr die jungen Menschen in aller Welt in Bewegung geraten sind und wie stark das Argument der Freiheit sein kann, wenn es so in der Diskussion dargestellt wird, daß es auch Grenzen der Voreingenommenheit, des Mißtrauens und der Dogmatik sprengt.

+ - +
GLOSSE

"Der Bankräuber ist ein ehrenwerter Mann"

sp - Sie haben also doch etwas erreicht, unsere christ- und freidemokratischen Griechenlandsfahrer, CDU-MdB Dr. Josef S t e c k e r - er ist sogar Rechtsanwalt! - meinte jetzt treuherzig, der griechische Ministerpräsident werde noch vor dem Verfassungsverfahren "einige Oppositionspolitiker aus der Haft entlassen". Das sei das Verdienst der deutschen Parlamentarier, die auf Kosten der Militärjunta mit ihren Damen nach Griechenland gereist waren.

Das ist eine tolle Leistung, die höchste Anerkennung verdient. Da werden also in einem Land Leute ohne Gerichtsurteil eingesperrt, gefoltert, monatelang festgehalten und plötzlich freigelassen, weil einige deutsche Abgeordnete in Hellas aufkreuzen. Auf diese Idee, daß dieselben Leute w i d e r r e c h t l i c h - wie die internationale Juristenkommission festgestellt hat - eingesperrt wurden und infolgedessen überhaupt nichts in einem Konzentrationslager oder Gefängnis zu suchen haben, scheinen unsere Abgeordneten überhaupt nicht gekommen zu sein. Das ist ungefähr so, als wenn ein Bankräuber von den erbeuteten 50.000 DM etwa 10.000 DM für wohltätige Zwecke spendet und ein Rechtsanwalt dann öffentlich erklärt: "Seht her ihr Leute, das ist ein ehrenwerter Mann."

Ärgerlich ist bei der Geschichte nur, daß MdB Stecker zu glauben scheint, er könne mit solchen Reinwaschungserklärungen irgendjemanden beeindrucken.

+ + +

Eine beachtliche Leistung

Strukturpolitik aus einem Guß

kr - Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß das neue Strukturprogramm der Bundesregierung schnellstens finanziert und möglichst unbürokratisch in den strukturgefährdeten Gebieten der Bundesrepublik seinen Niederschlag findet. Die Bundesregierung will, wie vor kurzem bekanntgeworden ist, 1,26 Milliarden DM von 1968 - 1970, davon ca. 1 Milliarde DM als zinslose Kredite, zur Verfügung stellen. Der von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu erwartende Kredit beläuft sich dem Vernehmen nach auf 381,6 Millionen DM. Die Summe der Zuschüsse beträgt 316 Millionen DM. An diesen werden sich auch die betreffenden Bundesländer beteiligen müssen.

Verzicht auf Töpfchenwirtschaft

Das Strukturprogramm der Bundesregierung muß sich mit parallel entwickelten Plänen der in Betracht kommenden Länderregierungen realisieren lassen, wobei das Schwergewicht auf Maßnahmen der Infrastruktur liegen sollte. Es gilt mehr denn je, an Ruhr und Saar sowie im Zonenrand solide Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Betriebe zu schaffen.

Der Verzicht auf "Töpfchenwirtschaft" gewährleistet heute eine zügige Strukturpolitik. Sie schleppte sich früher - vor Bildung der Regierung der großen Koalition in Bonn - dahin, weil die Hilfsmaßnahmen besonders im Zonenrand nach dem Gießkannenprinzip finanziert wurden. Gelder flossen aus mehreren "Töpfchen". Das kam noch als Erschwernis hinzu. So versickerte manch' gutes Projekt oder galt eines Tages als überholt.

Zwei Beispiele

Das wiederholt von der CDU-Opposition in Düsseldorf unter Beschluß genommene "Entwicklungsprogramm Ruhr" der nordrhein-westfälischen Regierung kristallisiert sich gerade in diesem Zusammenhang als Musterbeispiel für ergänzende Strukturprogramme seitens des Bundes und eines Bundeslandes heraus. Die Koordinierung strukturpolitischer Ziele von politisch weittragender Bedeutung schlägt sich in NRW insofern nieder, als das Entwicklungsprogramm einmal jedwedes Gebot einer gegenwartsnahen mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt und - in Ergänzung zum Strukturprogramm der Bundesregierung - für einen unbürokratischen Antizyklus sorgen wird. Je schneller also die Bundesregierung für den arbeitsmarkt- und wirtschaftslebenden Zyklus sorgt bzw. die konzipierte Finanzierung zügig in Bewegung bringt, desto reibungsloser wird man in Nordrhein-Westfalen wichtige Ausgangsstufen für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe schaffen können.

Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) teilte vor kurzen mit, daß sich die Bundesregierung im Rahmen ihres Strukturprogramms mit 556 Millionen DM am Ausbau des S-Bahn-Netzes im Revier, der Ortsdurchfahrten, des Ruhr-Höhenwegs und des Emscherschnellweges beteiligen wolle, was jetzt in Bonn bestätigt wurde. Außerdem wollen Bund und Land bis Ende 1969 je zur Hälfte 200 Millionen DM für die Stadtbahnen im Ruhrgebiet flüssig machen. Damit wird bereits ein beträchtlicher Abschnitt des Entwicklungsprogramms in Angriff genommen, wobei die technische Ergänzung der Stadtbahnen im Revier mit dem S-Bahn-Netz als Nahschnellverkehr strukturpolitisch für die Zukunft, aber auch aktuell arbeitsmarktpolitisch (Ausgleich durch Pendler und Auspendler) von weittragender Bedeutung ist.

Verstärkte Industriepolitik in Niedersachsen

In den anderen - strukturgefährdeten - Gebieten an der Saar und im Zonenrand kehrt ein ähnliches Programm wie in ERW nicht im angemessenen Verhältnis wieder. Das mag landespolitisch bedingt sein, doch wäre es fraglos ratsamer, allgemeinerpolitische Ressentiments zu beseitigen, wo immer sie noch ins Auge stechen, und konsequenter strukturpolitische Schwerpunkte anzuvisieren. Das geschieht bereits teilweise, allerdings bestimmend durch prekäre Auswirkungen einseitiger Strukturgebiete, wie z.B. Salzgitter-Beine.

Dieser Raum wird, wie jetzt der niedersächsische Wirtschaftsminister nachdrücklich hervorhob, zu stark von der eisenschaffenden Industrie und dem hüttengebundenen Eisenerzbergbau ausgerichtet. Der gleichen Quelle zufolge entfallen auf diese Industriezweige mittelbar und unmittelbar annähernd 30.000 Arbeitskräfte (75 Prozent) von insgesamt rund 40.000 Industriebeschäftigten. Das niedersächsische Wirtschaftsministerium ist, so war zu vernehmen, in Übereinstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium bemüht, die einseitig ausgerichtete Wirtschaftsstruktur dieses Raumes durch Ansiedlung weiterer Betriebe aus anderen Wirtschaftszweigen aufzulockern. (Der SPD-Pressedienst-Volkswirtschaft veröffentlichte am 31. Juli 1968 einen ausführlichen Bericht darüber. Die Redaktion)

Tendenzkritik stört die Entwicklung

Lokalpatriotische Starrheit ist einer gezielten Strukturpolitik abträglich. Hier bietet sich erneut das Beispiel Nordrhein-Westfalen an, wo plötzlich Industrie- und Handelskammern, deren Bereiche um das Ruhrgebiet gelagert sind, im Entwicklungsprogramm Ruhr der Regierung Kühn Nachteile für ihre Bezirke erblickten. Das Programm verringere die Entwicklungschancen für angrenzende Räume, so war zu vernehmen, obwohl die Stabilisierung der Ruhrwirt-

schaft belebende Impulse auf das Umland ausstrahlen wird. War das eigentlich schon früher der Fall, wird das Ruhrgebiet in Zukunft durch Komplettierung des Malschnellverkehrsnetzes (S-Bahn von Düsseldorf bis Dortmund) arbeitsmarktpolitisch noch bedeutungsvoller. Insofern stört eine solche Tendenzkritik die projektreife strukturpolitische Entwicklung.

Ausgleich zwischen den Arbeitsmärkten

Diese Forderung muß bei allen Maßnahmen der Strukturpolitik primäre Geltung erlangen. Wenn man also im Rahmen der Strukturförderung im Zonenrandgebiet jene Malschnellverkehrsverbindung Salzgitter-Braunschweig-Wolfsburg (möglichst unter gleichwertiger Einbeziehung des Peiner Raumes) schaffen will, dann schlägt man - analog zur Verkehrsplanung im Ruhrgebiet - den folgerichtigen Kurs ein. Denn durch Vervollständigung der Infrastruktur im Zuge akuter strukturpolitischer Maßnahmen kann man auch Probleme des innerbezirklichen Arbeitskräfteausgleiches einer Lösung näherbringen.

Reaktionen bei jüngeren Arbeitskräften

Wenn schon früher im Zonenrand Besorgnis über Abwanderungstendenzen bei jungen leistungsfähigen Kräften geäußert wurden und auch jüngst die Ruhrgebiets-Kammern auf ähnliche Erscheinungen aufmerksam machten, dann sind dies weitere triftige Gründe dafür, jene von der akuten Notwendigkeiten bestimmten Strukturmaßnahmen mit der Schaffung verkehrlicher Voraussetzungen für den innerbezirklichen Arbeitskräfteausgleich in Einklang zu bringen. Freigestellte ältere Arbeitskräfte, die weder am Wohnort noch in der Nachbarstadt neu eingesetzt werden können (weil das Malschnellverkehrsmittel fehlt und eine lange Anfahrtstrecke unzumutbar ist), führen zu Abwanderungen junger Menschen. Ihr Glaube an die Zukunft schwindet dahin, wenn plötzlich der Vater oder ein älterer Verwandter auf die Straße gesetzt wird. Selbst die sich - durch zügige Strukturpolitik schwerpunktartig - eröffnenden Zukunftsaussichten vermögen dann nicht mehr solche Abwanderungstendenzen zu stoppen; auch nicht Umschulungszentren oder -maßnahmen. Der Appell an Arbeitgeber, ältere bzw. leistungsgeminderte Kräfte nicht um "jeden Preis der innerbetrieblichen Sanierung" vor die Tür zu setzen, dringt oft nicht durch.

Neue Strukturen schaffen, heißt für alle strukturgefährdeten Gebiete, auf die das neue Strukturprogramm der Bundesregierung ausgerichtet ist, daß man den Glauben der Menschen wachhält und stärkt.

+ + +

Osteuropa braucht nicht zu hungern!

Trotz dunkler Prognosen gute Ernte

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Erst Mitte April war der Weg zwischen dem einstigen Sitz des serbischen Patriarchats in Peć und der montenegrinischen Hauptstadt Titograd schneefrei geworden; schon einen Monat später klagte das kroatische Wochenblatt "Vjesnik u srijedu" über den langen, heißen Frühling.

Tatsächlich herrschte zwei Monate lang extreme Trockenheit in ganz Jugoslawien; in der Wojwodina, dem Haupt-Getreideanbaugebiet, war der Boden streckenweise so hart geworden, daß er nicht einmal bearbeitet werden konnte. Ortsweise fehlte es sogar am Wasser fürs Vieh.

Ähnliche Schreckensnachrichten ertönten aus allen Winkeln der kommunistischen Welt. Ungarn, dessen Bauern noch im März den "Frühling des Jahrzehnts" gefeiert hatten, meldete im Mai eine derart geringe Niederschlagsmenge, wie man sie zuletzt im Jahre 1895 erlebt hatte, und in Bulgarien fand gar ein Treffen zwischen den Offizieren der Garnison Sofia, dem Vizepremier und Politbüromitglied Schiwko Schiwkoff, dem Verteidigungsminister, Generaloberst Dobri Deschuroff, und dem Oberkommandierenden der Warschauer Pakt-Streitkräfte in Bulgarien, Generaloberst Alexej Baxoff, statt. Binziger Punkt der Tagesordnung: Die seit März herrschende Trockenheit, die in einem Ernteverlust in Höhe von einer Million Tonnen Weizen, mehr als einem Drittel der letztjährigen Weizenernte, zu resultieren drohte.

Plötzliche Regenfälle, gefolgt von kräftigender Hitze, verhüteten jedoch ein neues Jahr 1968, in dem selbst die Sowjetunion 9 Millionen Tonnen Getreide aus Kanada, Australien und Rumänien einführen mußte. Zwar dürfte nirgendwo die Rekordernte des letzten Jahres erwartet werden, in dem sich Ungarn heben die Weizen-Eigenversorger Jugoslawien und Rumänien einreihen konnte, aber die Ernteverluste dürften sich, gemessen am Ertrag von 1967, durchschnittlich nur um rund 10 Prozent belaufen.

Damit reiht sich das Jahr 1968 in die Reihe der "Fetten Jahre" ein, die bereits 1964 einsetzten, als sogar die Sowjetunion durchschnittliche Hektarerträge in Höhe von 11,3 Doppelzentner erzielte - gegenüber 8,3 dz/ha im Vorrevolutionärsjahre 1913!

Neben Rumänien, das mit einer Ernte in Höhe von etwa 9 Millionen Tonnen Weizen abermals import-unabhängig sein wird, kann sich 1968 allerdings wiederum nur Jugoslawien die von allen anerstrebte Autarkie erlauben, denn man rechnet mit rund 4,5 Millionen Tonnen Weizen. Die Belgrader Regierung, dennoch zur Fortsetzung der Getreide-einführen entschlossen, mußte sich u.a. dieses Widerpruchs der für die kommunistische Welt kuriosen Situation aussetzen, das unwillig Parlament um das Vertrauen zu bitten. - Die Tschechoslowakei hingegen, bisher von sehr unzuverlässigen sowjetischen Zuschüssen abhängig, wird 50 000 Tonnen Weichweizen aus den Ländern der EWG erhalten.